



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Gemeinsames Vorgehen gegen die irreguläre Migration“ (Drucksache 20/1609)

Sozialen Zusammenhalt stärken - Beschlüsse wirksam umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Regierungschefinnen und -chefs am 6. November 2023 zu einer gemeinsamen Einigung mit der Bundesregierung in zahlreichen Fragen der Migrationspolitik gekommen sind.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die daraus resultierenden bundesgesetzlichen Änderungen konstruktiv zu begleiten und die in die Zuständigkeit der Länder fallenden Handlungsbedarfe zügig umzusetzen und hinsichtlich ihrer Wirkung zu betrachten.

Dies gilt auch weiterhin für die Ergebnisse des letzten Migrationsgipfels der Landesregierung mit den Kommunen.

Tobias Koch
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion